

Verordnung, betreffend die Einberufung des Reichstages.
Vom 7. Februar 1881.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen etc.

verordnen auf Grund des Artikels 12 der Verfassung, im Namen des Reiches, was folgt:

Der Reichstag wird berufen, am 15. Februar dieses Jahres in Berlin zusammenzutreten, und beauftragen Wir den Reichskanzler mit den zu diesem Zwecke nöthigen Vorbereitungen.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Insignel.

Gegeben Berlin, den 7. Februar 1881.

(L. S.)

Wilhelm.

v. Bismarck.

Die Affaire Bennigsen-Ludwig.

Unser Berliner Correspondent schreibt:

Die Affaire von Bennigsen-Ludwig beschäftigt auch heute noch die Abgeordnetenkreise weit mehr als die Verhandlungen des Plenums. Auf allen Seiten wird das Verhalten des Herrn von Bennigsen als durchaus correct bezeichnet, das Verhalten des Herrn von Ludwig gleichmäßig verurtheilt. Es wird erzählt, daß die nachträgliche Bereitwilligkeit des letzteren, sich dem Abg. von Bennigsen zu stellen, lediglich die Folge einer Erklärung einiger Mitglieder der conservativen Partei gewesen, welche ihm erklärten, sie müßten seinen Umgang meiden, wenn er die Forderung nicht annehme. Die Anregung zu einem Festmahl für Herrn von Bennigsen ist von dem Präsidenten von Köller und Stengel ausgegangen, hinter welcher letzterer die gesammte freiconservative Fraktion steht. Die SeceSSIONisten haben sämmtlich, sowie viele Mitglieder der Fortschrittspartei ihre Karten bei Herrn von Bennigsen abgegeben. Man ist auf das Verhalten des Centrums und der Conservativen gespannt.

Der Berliner Correspondent berichtet:

Im Abgeordnetenhaus machte die Affaire v. Bennigsen contra v. Ludwig viel von sich reden. Heute Abend veröffentlichten des Herrn v. Bennigsen Cartellträger, Abg. v. Gusselt und v. Griesheim, das Protokoll, welches sie über die Sache aufgenommen haben; wenn morgen Herr v. Ludwig's Cartellträger, Abg. Graf Hoyerden, auch Erklärungen veröffentlicht, so wird Herr v. Ludwig wenigstens erreichen, daß man über ihn in der ganzen Welt redet. Die ungeliebte Rede v. Ludwigs, veröffentlicht in dem Organ der Agrarier, der „Deutschen Landeszeitung“, war in Anbetracht, daß alle die darin ausgesprochenen oder angedeuteten Anschuldigungen des Herrn von Bennigsen bereits vor Jahren unter hervorragender Beilegung der Abgg. Köcker und v. Köller, der Delegirten des Abgeordnetenhauses in der Eisenbahn-Untersuchungs-Commission, widerlegt waren, etwas mit parlamentarischen Ausdrücken nicht Dualisierbares. Seit jenen Widerlegungen war dem Abg. v. Bennigsen von allen politischen Parteien wiederholt direct und indirect bezeugt, daß er durch die Glogau-Ludwig'schen Anschuldigungen nicht den kleinsten Makel an seiner Ehre erlitten habe. Seit dem Duell zwischen dem jetzigen Statthalter Feldmarschall von Manneufel und dem verstorbenen Weselen — welches zu einer Zeit stattfand, als Weselen noch nicht Abgeordneter, vielmehr ein politisch ganz unbekannter Stadtrichter war — sind bald 20 Jahre verfloßen; seitdem hat kein Duell stattgefunden, bei dem ein namhafter Parlamentarier beilegt war. Herr von Ludwig steht nicht ohne Hintermänner da, vielleicht ist er sogar Werkzeug einer kleinen Clique conservativer und clericaler Männer, die von dem Erzgründer Geh. Rath Wagener, der Seele der „Deutschen Landeszeitung“, ihre Directive erhält. Wenn es den Fraktionen, den Senatoren, dem Präsidium des Abgeordnetenhauses nicht gelingt, ein Blatt, welches im ausschließlichen Besitz einer vorzugsweise von conservativen Mitgliedern des Reichstags und preussischen Landtags geleiteten politischen Vereins ist, davon abzubringen, durch Schmähungen und Verleumdungen gegen liberale Parlamentarier für sich Reclame zu machen, — wenn sich die Judenbeize Stöcker, Schröder-Elppstadt, Stroffer und Genossen noch zum Lobe dieses Blattes vereinigen, für dessen Inhalt ein Sezer aus der Druckerei des Grafen F. Behr, als verantwortlicher Redacteur zeichnet, dann freilich wird es schwer, solche Mißstände zu beseitigen.

In der „L. C.“ lesen wir:

Der Abg. v. Ludwig hat in der Sitzung vom 31. v. M. gesagt, so lange ein Incompatibilitätsgezet noch nicht erlassen sei, halte er es für die „Pflicht eines jeden gewissenhaften Abgeordneten, wenigstens eine moralische Lynchjustiz zu üben und die Kollegen nach dem Coder des Gentleman zu beurtheilen.“ Wie Herr v. Ludwig den „Coder des Gentleman“ auffaßt, hat er in seiner Antwort auf die Herausforderung des Abg. v. Bennigsen bewiesen. Wir unsererseits halten es für die Pflicht der anständigen Presse, zu constatiren, wie der Abg. v. Ludwig die „Pflicht eines gewissenhaften Abgeordneten“ ausübt. Der Präsident und mit ihm die Majorität des Abgeordnetenhauses haben es bekanntlich in jener Sitzung für notwendig erachtet, den Beweis zu führen, daß die von Herrn v. Ludwig proclamirte „Bankrott-Erklärung der Disciplinargewalt des Herrn Präsidenten“ nicht gestattet, die „Edelsten und Besten der Nation“ von der Tribüne aus mit Schmutz zu besudeln. Herr v. Ludwig hat dies Geschäft in den Spalten der „Deutschen Landeszeitung“ fortgesetzt, in derselben Zeitung, welche bereits am 18ten August 1874 folgende, ihr von Herrn von Bennigsen zugegangene Erklärung veröffentlichte. Indem wir dieselbe an dieser Stelle reproduciren, appelliren wir an die ehrliche Presse, mit uns an dem Ankläger des Herrn v. Bennigsen „wenigstens moralische Lynchjustiz“ zu üben. Die Erklärung lautet:

„In Ihren Artikeln ist wiederholt die Vermuthung, ja die Behauptung aufgestellt, ich habe mir für meine Mitwirkung bei der Begründung und Concessionirung der Bahnen Hannover-Altenbeken und Löhne-Bienenburg Vermögensvorsorge, einen sog. Gründergewinn verschafft. Es ist sogar als gewissermaßen unmöglich hingestellt, daß Jemand, welcher, wie ich, bei Gründung und Concessionirung einer Eisenbahn so thätig gewesen sei und den Baubetrieb mit einem der Unternehmer selbst mit abgeschlossen habe, harmlos genug hätte sein sollen, sich keinen derartigen Gewinn zu verschaffen. Hierüber gestatten Sie mir eine deutliche und bestimmte Erklärung. So lange in Deutschland auf den Privat-Eisenbahnbau nicht vollständig verzichtet ist, wird es schwer möglich sein, daß Banquier und Kaufleute, überhaupt Geschäftsleute, welche mit ihrer Zeit

und Kraft Geld verdienen wollen, für Begründung und Ausführung einer Eisenbahn den hierzu regelmäßig erforderlichen sehr bedeutenden Aufwand an Zeit und Arbeit, häufig verbunden mit erheblichen Auslagen und Geschäftsriscos über sich nehmen, ohne auf einen entsprechenden geschäftlichen Gewinn zu rechnen und sich denselben zu verschaffen. Man wird dabei allerdings verlangen, daß ein solcher Gewinn kein unangemessener ist, und daß er in gesetzlicher Form ohne Hintergehung der theiliger erstrebt und erlangt wird.

„Ich bin aber kein Geschäftsmann. Deshalb und mit Rücksicht auf meine öffentliche Stellung würde ich es für unpassend und für wenig ehrenvoll halten, wenn ich die Mitwirkung bei der Begründung einer Eisenbahn dazu hätte beugen wollen, irgend einen derartigen Geschäftsgewinn zu erstreben oder anzunehmen. Ich verwahre mich daher energig gegen jede dahin gehende Unterstellung oder Behauptung, erkläre hierdurch auf das Bestimmteste, daß ich bei Gelegenheit der Begründung und Concessionirung der Hannover-Altenbeken und der Löhne-Bienener Eisenbahn keinerlei Geschäftsgewinn oder Gründergewinn mir verschafft habe und halte mich zu der Ueberzeugung berechtigt, daß Alle, welche mich persönlich kennen oder auch nur mit einiger Aufmerksamkeit meine langjährige öffentliche Thätigkeit verfolgt haben, dieser meiner Versicherung Glauben schenken werden.“

Hannover, 11. August 1874.

R. v. Bennigsen.

Das von der „Nat.-Ztg.“ veröffentlichte Protokoll über die Affaire v. Bennigsen-Ludwig hat folgenden Wortlaut:

„Protokoll über die im Auftrage des Herrn von Bennigsen mit Herrn von Ludwig geführten Verhandlungen am 7. Februar 1881.“ Die beiden Unterzeichneten erhielten gegen 12 Uhr Mittags von Herrn von Bennigsen den Auftrag, festzustellen, ob der in der „Deutschen Landeszeitung“ als Fortsetzung der im Abgeordnetenhaus durch Entziehung des Wortes unterbrochenen Rede des Herrn von Ludwig eingeleitete Artikel von dem Genannten wirklich herrühre, ob ferner die Veröffentlichung von demselben veranlaßt und ob die in demselben enthaltenen Anklagen sich auf Herrn v. Bennigsen bezögen und im Verhältniß zu dem Herrn v. Ludwig auf Bistolen zu fordern. Bei einer nun erfolgten Besprechung mit Herrn v. Ludwig bekannte sich derselbe ausdrücklich als Verfasser jenes Artikels, als Veröffentlichung desselben, wie auch bereit, jede Consequenz desselben zu tragen. Als die in demselben nicht namhaft gemachte Person bezeichnete er nun ausdrücklich Herrn v. Bennigsen. Nachdem die Unterzeichneten dem Gebrauche gemäß vergeblich versucht hatten, Herrn von Ludwig zur Zurücknahme der von ihm ausgesprochenen Behauptungen und zur öffentlichen Declaration seiner Zurücknahme zu veranlassen, überbrachten sie die ihnen aufgetragene Bistolenforderung an Herrn v. Ludwig. Dieser gab zunächst mündlich die Erklärung ab, daß, so lange Herr v. Bennigsen sich nicht von den gegen ihn ausgesprochenen Vorwürfen in einer ihm, Herrn v. Ludwig, genügenden Form gereinigt habe, er demselben Satisfaction nicht geben könne. Auf Wunsch formalisirte Herr von Ludwig nachstehende schriftliche Erklärung: „Die Behandlung der von mir angeregten Dinge seitens des Herrn von Bennigsen erscheint mir nicht den Gewohnheiten eines Gentleman entsprechend gewesen zu sein. Ich nehme daher die mir übertragene Forderung auf Bistolen nur unter der Bedingung an, daß Herr von Bennigsen gegenüber zwei von mir zu bezeichnenden Cartellträgern solche Aufschlüsse zu geben im Stande ist, welche meine gegenwärtige Auffassung mir berechnen. V. von Ludwig, Berlin, den 7. Februar 1881.“ — und autorisirte auf Verlangen die Unterzeichneten, von derselben den umfassensten Gebrauch zu machen. Nachdem Herr v. Bennigsen von obiger Erklärung Kenntnis genommen, ertheilte er dem ad 1 Unterzeichneten den Auftrag, Herrn v. Ludwig mitzutheilen, „daß er die von Herrn v. Ludwig geforderten Erklärungen zu geben sich nicht veranlaßt fühle, und daß er unter diesen Umständen von jeglicher weiteren Verhandlung absehen müsse.“ Diese Erklärung wurde abgegeben und von Herrn v. Ludwig ohne jede sachliche Erwiderung entgegengenommen. Nach Verlauf von ungefähr einer Stunde, nachdem Herr v. Bennigsen den Präsidenten des Hauses mit dem Inhalte der v. Ludwig'schen Erklärung bekannt gemacht und der Verlauf und Ausgang der ganzen Angelegenheit im Hause schon Verbreitung gefunden hatte, erschien zu dem ad 2 Unterzeichneten der Abgeordnete Graf Hoyerden und theilte im Auftrage des Herrn von Ludwig mit, daß derselbe jetzt bereit sei, auch ohne die gestellten Bedingungen die betreffende Bistolenforderung anzunehmen. Nachdem der ad 2 Unterzeichnete hiervon Kenntnis genommen und dem ad 1 Unterzeichneten Mittheilung gemacht hatte, erklärten beide dem Grafen Hoyerden gegenüber, daß sie nach ihrer Auffassung nicht in der Lage seien, hierüber Herrn v. Bennigsen offizielle Mittheilung zu machen, indem sie nach der von Herrn v. Bennigsen abgegebenen Erklärung, „daß er auf weitere Verhandlungen verzichten müsse“, ihr Mandat als Cartellträger für erledigt erachteten. Falls eine offizielle Mittheilung vom Grafen Hoyerden als nöthig erachtet würde, so müsse er einen anderen Weg als durch die Vermittelung der Unterzeichneten einschlagen, private Mittheilung zu machen, erklärten sie sich bereit und führten dies aus. Hierauf wurden sie von Herrn v. Bennigsen beauftragt, dem Grafen Hoyerden offiziell mitzutheilen, daß er trotz des so plötzlich eingetretenen Meinungswechsels des Herrn von Ludwig jetzt keine Veranlassung mehr habe, Satisfaction von diesem Herrn zu suchen oder sich nur mit demselben in irgend eine weitere Verhandlung einzulassen. Dieses Auftrages entledigten sich die Unterzeichneten und machten schließlich dem Präsidenten des Hauses und den Vorständen der Fraktionen von den vorstehend verhandelten Vorgängen auf Veranlassung des Herrn von Bennigsen Mittheilung. — Berlin, 8. Februar 1881. Unterzeichnet: 1) Abg. Dr. Frdr. von Gusselt, 2) Abg. von Griesheim.“

Auf Anregung der freiconservativen Fraktion wird für Herrn von Bennigsen ein Festmahl vorbereitet, zu welchem auf Theilnahme aller Parteien gerechnet wird. Präsident von Köller hat seine Theilnahme bereits zugesagt.

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

56. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 8. Februar.

11 Uhr. Am Ministerische Graf zu Eulenburg, Maybach und Com-missionär.

Das Haus setzt die Beratung der Novelle zur Kreisordnung fort. Bei § 51 (Amtsausschuss) erklärt der Minister des Innern auf eine Anregung des Abg. v. Jellich (Mühlhausen), er werde im Wege der Instruction dafür Sorge tragen, daß regelmäßige Berufenen des Amtsausschusses stattfinden, so oft Material für dessen Verhandlungen vorliege.

§ 54, nach welchem gegen Verfügungen des Amtsvorstehers, durch welche Beschlässe des Amtsausschusses beanstandet werden, letzterem die Klage zusteht, wird angenommen, ein Antrag des Abg. Dirichlet, dem Amtsvorsteher die Pflicht aufzuerlegen, seine Verfügung im Wege der Klage zu rechtfertigen, wird vom Ministerische aus befähigt und abgelehnt.

§ 74 lautet nach der Commission: „Der Landrath wird vom Könige ernannt. Der Kreisrath ist befugt, für die Besetzung eines erledigten Landrathsamtes geeignete Personen in Vorschlag zu bringen. Geeignet zur Beileidung der Stelle eines Landraths sind diejenigen Personen, welche die Befähigung zum höheren Verwaltungs- oder Justizdienst erlangt haben. Diejenigen Personen, welche von einem Kreisrath vorgeschlagen werden, sind auch dann als geeignet zur Beileidung der betreffenden Landrathsstelle zu erachten, wenn sie seit mindestens einem Jahre dem Kreise durch Grundbesitz oder Wohnsitz angehören, und zugleich mindestens während eines vierjährigen Zeitraumes: a) entweder als Referendare in der Justiz oder Verwaltung, b) oder in Selbstverwaltungsämtern der Kreise, des Bezirks oder der Provinz thätig gewesen sind.“

Hierzu beantragen: 1) v. Meyer. den § 74 zu fassen, wie folgt: „Der Landrath wird vom Könige ernannt. Die Kreisversammlung ist jedoch befugt, für die Besetzung des erledigten Landrathsamtes Vorschläge zu machen. Der § 16 des Gesetzes vom 11. März 1879 ist aufgehoben.“ 2) v. Heyde-

brand, im Min. 4 statt der Worte: „Diejenigen Personen, welche — wenn sie“ zu sagen: „Geeignet sind ferner auch diejenigen Personen, welche“; 3) v. Kröcher, die letzten beiden Sätze des § 74 so zu fassen: „Geeignet zur Beileidung der Stelle eines Landraths sind die im Kreise angeführten Grundbesitzer, welche mindestens während eines vierjährigen Zeitraumes a. entweder als Referendare in der Justiz oder Verwaltung, b. oder in Selbstverwaltungsämtern der Kreise, des Bezirks oder der Provinz thätig gewesen sind. Ferner sind als geeignet diejenigen Personen zu erachten, welche die Befähigung zum höheren Verwaltungs- oder Justizdienst erlangt haben.“

Abg. v. Heydebrand: Fast auf allen Seiten des Hauses ist man darüber einig, daß die Qualifikationen für die Landräthe erleichtert werden müssen. Meine Freunde und ich würden mit folgendem Paragraphen zufrieden sein: „Der Landrath wird vom Könige ernannt; die Kreisräthe sind befugt, Vorschläge zu machen.“ Denn wir haben das volle Vertrauen, daß die Krone und die ihre Intentionen ausführende Staatsregierung dieses weitgehende Recht in keiner Weise mißbrauchen werde. Die landrathliche Qualifikation verlangt wissenschaftliche Bildung, moralische Integrität, praktische Verständniß der Verhältnisse, Ansehen und Vertrauen bei der Bevölkerung. Juristische Durchbildung kann nicht das wesentlichste Erforderniß sein. Zwei juristische Prüfungen, sollten sie auch summa cum laude abgelegt sein, erlangt man noch lange nicht die Qualifikation, an der Spitze eines Kreises zu stehen. Wohl aber muß der Landrath im Kreise angesehen sein, dieselben Pflichten erfüllen, wie die Bewohner des Kreises und dieselben Lasten tragen, die unter seiner Autorität seinem Kreise auferlegt werden. (Sehr richtig! rechts.) Er muß aber auch selbstständig genug sein, um das Wohl seines Kreises mit Nachdruck zu verteidigen nach oben und nach unten. Selbstständige und darum auch zuverlässige Charaktere werden die beste Stütze für die Staatsregierung sein und auch dann das volle Vertrauen ihrer Kreise besitzen, auch ohne irgend welchen juristischen Schliß. Der § 74 der Kreisordnung kann daher unmöglich so bleiben, wie er hier steht, denn das Jahr 1883 darf nicht ablaufen, ohne daß irgend etwas über die Landrathsqualifikation zu Stande gekommen ist, dann würde nämlich der § 74 in seiner wesentlichen Bedeutung hinfällig werden.

Es wäre sehr bedenklich aus formalen Gründen unter Verströfung auf ein späteres selbstständiges Gesetz die Regelung der Landrathsfrage auf die lange Bank zu schieben. Deshalb halte ich es für dringend notwendig, diese Angelegenheit schon bei Beratung unserer Vorlage zu erledigen. Mit dem Commissionsvorschlage stimmen wir im Ganzen überein, nur darin geht er zu weit, daß die erleichterten Bedingungen für die Landrathsqualifikation nur dann Anwendung finden sollen, wenn der Kreisrath von seinem Präsentationsrecht Gebrauch gemacht hat. Es soll also der Staatsregierung die Gegenleistung nicht verbürgt und sie und die Krone schlechter gestellt sein. Daher unser Antrag. Das Ernennungsrecht steht der Staatsregierung und der Krone jedem Beamten gegenüber zu und es erübrigt gar keine besondere Vorschriften für die Landräthe. Es handelt sich hier nur darum, ob denn der Kreis der Personen, die für ein Landrathsamt in Betracht kommen können, für die Krone enger gezogen sein sollen als für die Kreisräthe. Jetzt haben die Kreise ein Präsentationsrecht, an das die Krone nicht gebunden ist; die Krone kann Candidaten ernennen, die beide juristische Prüfungen gemacht haben. Dem Könige ist aber nach dem Reglement vom 13. Mai 1838 das Recht vorbehalten, von dem Landraths-Cramen zu dispensiren. Nach der Vorlage ist zunächst die Staatsregierung ebenfalls berechtigt, Candidaten zu ernennen, die die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst haben. Sobald sie aber davon keinen Gebrauch macht, treten merklie Beschränkungen ein, insofern der Kreis der Personen, die zum Vorschlag kommen können, enger gezogen wird. Nun aber diese beschränkenden Bestimmungen noch von der Präsentation der Kreisräthe abhängig machen, das muß jedenfalls dem Zustandekommen des Gesetzes entgegenstehen. (Sehr richtig! rechts.)

Wenn nun der Fall eintritt, daß der Kreisrath von seinem Präsentationsrecht nicht Gebrauch macht! Es sind vielleicht mehrere Personen im Kreise, welche die volle Qualifikation haben, die aber der Kreisrath zu präsentiren ablehnt, vielleicht weil verschiedene politische Strömungen sich geltend machen. Für diesen Fall soll es nach den Bestimmungen der Commission nicht möglich sein, einen anderen Menschen heranzuziehen als einen mit den Verhältnissen unbekannten Affessor. Die brauchbaren Leute im Kreise sind da, aber die Staatsregierung darf sie nicht ernennen! Und fragen Sie die Kreisbedollerten, wen sie lieber haben, einen unbekannten Affessor oder einen mit den Verhältnissen vertrauten Mann, so wird sie sich jedenfalls für den bekannten Mann und nicht für den fremden Affessor entscheiden. (Sehr richtig! rechts.) Die Staatsregierung hat energig erklärt, für sie würde der Commissionsvorschlag nur acceptabel sein mit meinem Amendement. Ist denn dieser Differenzpunkt wirklich von so principieller Wichtigkeit, um daran das ganze Gesetz scheitern zu lassen? Ramentlich bitte ich die Herren vom Centrum, deren Intentionen und Vorschlag wir soweit entgegengelommen sind, auch unser kleines bescheidenes Unteramendement mit in den Kauf zu nehmen. (Aha!) Die Herren vom Centrum sind ja in solchen Fragen sehr vorsichtig, aber doch zu praktisch, um in diesem Punkte die eigene Ansicht in den Vorbergrund zu stellen. Es ist ja hin und wieder in der Hige des Culturkampfes ein Mißgriff gemacht worden (Rufe im Centrum: sehr viele!), aber aus solchen einzelnen Fällen können Sie nicht auf das Ganze schließen, und dann hoffe ich auch, daß wir am Ende dieses Culturkampfes stehen (Rufe im Centrum: noch lange nicht!)

Ich habe schon in der Generaldiscussion darauf hingewiesen, daß dies der einzige überhaupt noch bestehende Differenzpunkt ist. Damals wurde sogar vom Centrum ausgeführt, daß, wenn die Landrathsfrage nach meinen Intentionen geregelt werden würde, manche ihrer Bedenken schwinden würden. Deshalb hielt ich mich für berechtigt, auf ihre Zustimmung zu hoffen. Der Abg. Windthorst (Bielefeld) sagte seiner Zeit, Regierung zu Landtag hätten dasselbe Interesse, sich über die zuzulassenden Ausnahmen zu verständigen, ob das aber in der Richtung geschähe, die Ausnahmen zu beschränken auf präventionsfähige oder vorlagerechtigste Kreise, oder ob in der Beziehung der Staatsregierung die Gegenseitigkeit zu verbürgen sei, wäre für ihn keine Frage von principieller Bedeutung. (Hört! hört! rechts.) Was er damals nicht für principiell erklärte, das sollte es doch auch heute für die Liberalen nicht sein, um daran die ganze Angelegenheit scheitern zu lassen. Die Herren von der freiconservativen Partei sind in der Steuerfrage anderer Ansicht als wir, in der Landrathsfrage aber gehören sie naturgemäß auf unsere Seite. (Sehr richtig!) In dieser Frage Alles abzulehnen liegt schwerlich im Interesse des Landes und wäre schwer vor Ihren Wählern zu verantworten, dies könnten wir zwar für „frei“, aber nicht für „conservativ“ halten. (Sehr richtig!) Lassen Sie hier nur praktische Erwägungen walten, tragen Sie dem Wunsche des Landes Rechnung, daß endlich der ungewisse Zustand des Jahres 1879 beseitigt werde. Der Abg. Hänel äußerte in der Generaldiscussion, die liberale Partei werde Schritt für Schritt auf diesem Gebiete zurückgedrängt. Ist er legitimiert, so im Namen der ganzen liberalen Partei zu sprechen? Ich glaube, daß ein großer Theil derselben ernstlich befreit ist, die früheren Fehler zu verbessern und dieser Theil wird nicht zurückgedrängt. Das es freilich mit den fortgeschrittenen Theorien nichts ist, wird immer mehr die Ueberzeugung des Landes und eines Tages werden Manche von Ihnen ganz aus dem Hause verschwinden. (Rufe links: Abwarten!) Im Lande würde man es nicht verstehen, die Sache nahe vor ihrem Abschluß an einem Punkte scheitern zu lassen, der doch keinen Anstoß bilden kann für diejenigen, welche das ernliche Interesse haben, etwas zu Stande zu bringen. (Beifall rechts.)

Abg. v. Hänel: Durch die Commissionsbeschlässe werden die Rechte der Krone in keiner Weise alterirt. An das Präsentationsrecht der Kreisregierung ist die Regierung jedoch jetzt schon gebunden. Auch sei die Regierung nicht gehindert, grundangehörige Einwohner des Kreises zu Landräthen zu ernennen.

Abg. v. Jellich (Mühlhausen): Sehr triftige Gründe sprechen dafür, daß die Landrathsfrage nicht mit der Kreisordnung zu vermengen ist, abgesehen davon, daß die Abänderung einzelner Bestimmungen der Kreisordnung zur Folge haben würde, daß bezüglich dieser Frage in den einzelnen Landesstellen eine verschiedene Regelung stattfände. Ich möchte nicht,

daß eine so schwierige Frage, wie die Landratsfrage, unter der Zwangslage des Zustandes dieses Gesetzes erledigt werde; sie muß vielmehr meines Erachtens an der Hand der Vorschläge der Regierung geprüft und zur Lösung gebracht werden. Die Regierung wird, um die Kreisordnung durchsetzen zu können, in die Zwangslage versetzt werden, den Commissionsbeschluss anzunehmen. Wir können uns daher mit dem Vorgehen des Vorredners nicht einverstanden erklären und bitten unter Ablehnung aller Anträge die Regierungsvorlage anzunehmen. Die Regierung bitten wir, baldigst ein Gesetz zur Regelung dieser Frage vorzulegen.

Abg. Windthorst: Es ist immer sehr bequem, die Lösung ernstlicher Fragen zu vertagen. Es ist aber eine Composition des Hauses möglich, welche eine weniger willkürliche Lösung herbeiführen würde, als die jetzige. Wir verlangen in dem Commissionsantrag nur, daß der Landtag und die Regierung diejenigen Bestimmungen sanctioniren, über welche sie früher einig gewesen sind, und bezüglich deren die Anschauung der Regierung sich erst beim Amtsantritt des jetzigen Ministers geändert hat. Der ursprünglichen Idee des Landratsamtes gegenüber, die Geschäfte desselben durch einen im Kreise angeordneten bedeutenden Grundbesitzer wahrnehmen zu lassen, sehen wir jetzt fast in der Hälfte der Monarchie das bureaukratische Princip vollständig zur Durchführung gekommen, in der anderen Hälfte mindestens entschieden hervortreten. Im Ministerium des Innern geht die Tendenz entschieden dahin, die Landräthe nur aus solchen Elementen zu nehmen, die die höheren Examina gemacht haben. Sätze der Abg. von Heydebrand das Hauptgewicht auf das Grundbesitzelement gelegt, so würde sich vielleicht eine Mehrheit für seinen Antrag haben erreichen lassen. Der Minister hat kein anderes Mittel sich von der Qualifikation eines Candidaten zu informieren, als das Examen. Die Kreise sind aber in ihrem Urtheil nicht so beengt: sie lernen die Leute in ihrer Praxis kennen, sehen sie unter ihren Augen leben und wirken, und dieses im Leben abgelegte Examen hat für mich einen größeren Werth, als das am grünen Tische. Auch uns ist daher der im Kreise murmelnde Landrath lieber, als der junge Assessor. Leider hat man uns im Westen reichlich mit Assessoren bedacht und uns die angeordneten Landräthe, die Vertrauensmänner ihrer Kreise, genommen. Von einer Zwangslage ist hier nicht die Rede; wir haben vollständige Freiheit der Entscheidung. Benutzen wir diese, um den Knoten endlich zu lösen. (Beifall im Centrum.)

Minister Graf zu Eulenburg: Zunächst ein Wort zu Gunsten der nicht im Kreise angeordneten Landräthe, wie sie der Commissionsbeschluss im Auge hat. Man debucirt so, als ob Vertrauen im Kreise nur ein Landrath haben könne, der aus dessen Wahl oder Präsentation hervorgegangen ist, und die ohne diesen Vorgang ernannten alles Vertrauens baar seien. So steht die Sache nicht. Bei unbefangener Prüfung wird man finden, daß die letzteren keineswegs zu solchen Ausstellungen Anlaß geben. Dennoch ist es völlig mein Wunsch, daß entsprechend der ursprünglichen Entstehung des Landratsamtes die Befugnis des Kreisraths, Candidaten in Vorschlag zu bringen, in zweckmäßiger Weise erhalten wird, und die Landräthe aus den Kreiseingewählten entnommen werden. Von diesem Standpunkt aus habe ich bereits in der Commission erklärt, daß ich mich dem Versuch, bei dieser Gelegenheit die Sache zu regeln, widersetzen werde. Voraussetzung ist allerdings, daß es gelingt, eine Vereinbarung in dieser Beziehung zu erzielen, sonst würde eine Zwangslage geschaffen werden, die ich nicht acceptiren könnte. Denn leugnen läßt sich nicht, daß der eigentliche Ort, diese Angelegenheit zu regeln, hier nicht ist. Eine solche Vereinbarung kann auf Grund der Commissionsbeschlüsse nicht zu Stande kommen. Die Regierung kann nicht davon abgehen, daß auch ihr die Befugnis beigelegt werde, Candidaten mit dieser Qualifikation zu ernennen — eine Forderung, die bereits vor meinem Amtsantritt aufgestellt war. Ich gebe zu: Höher als jedes vorgeschriebene Examen steht das „Examen durchs Leben“ und wenn auf Grund dieser Vorbedingung das Antragsrecht der beteiligten Factoren hinzutritt, das das „Examen durchs Leben“ bestanden, die praktische Qualifikation vorhanden sei, dann besteht allerdings kein Bedenken gegen eine solche Ernennung. Der Irrthum des Vorredners liegt aber darin, daß über dieses „Examen durchs Leben“ allein die Kreisvertretung entscheiden könne: das können auch Andere, die in der Lage gewesen sind und sich die Mühe gegeben haben, die Geschäftsführung und das ganze öffentliche Leben der Beteiligten ins Auge zu fassen und sich darüber ein Urtheil zu bilden.

Ebenso wie die Kreisvertretung in der Lage sein kann, Leute, die durchs Leben examinirt sind, zu ernennen, ebenso muß ich das für mich in Anspruch nehmen. Diejenigen, die wollen, daß die Landräthe den Kreisen angehören, müßten gerade dieser Forderung vollen Beifall zollen, weil dieselbe eine weit umfangreichere Anwendung jenes Princips ermöglicht, als wenn die Regierung allein qualifizierte Landräthe zu ernennen in der Lage ist. Uebrigens verstehe ich die dagegen erhobenen Bedenken nicht, da der Kreis der Personen und die Zahl der Stellen, in denen die Regierung von diesem Rechte Gebrauch machen kann, außerordentlich beschränkt ist. Der Abg. Windthorst hat behauptet, die westlichen Provinzen hätten Ursache, mit einigen Ernennungen von Landräthen unzufrieden zu sein. Ich kann versichern, daß dort mit ebenbürtiger Sorgfalt, wie in den übrigen Theilen der Monarchie, darauf gesehen wird, geeignete und den Verhältnissen der Kreise entsprechende Landräthe zu ernennen, welche das Vertrauen der Eingewählten zu erwarren vermögen, wie es thatsächlich vielfach geschehen ist. Daß durch den dauernden fidespolitischen Conflict manchmal Differenzen bestehen, ist nicht wunderbar. Wenn aber in größerem Umfang, als es wirklich der Fall ist, die Beurteilung und Befähigung, die der Abgeordnete Windthorst in den westlichen Provinzen angeführt hat, zutrifft, so gehört doch das nicht hierher, wo es sich um die östlichen Provinzen handelt und wo ähnliche Einwendungen nicht erhoben sind. In der Hauptsache bin ich der Meinung, daß im Westen wie im Osten man recht thun wird, eine Qualifikation der Landräthe zu schaffen und bei Schaffung derselben nach beiden Seiten sowohl für die Präsentation der Kreise als für die Regierung dieselben Bedingungen aufzustellen. Es wird das für die Entwicklung des Instituts nur förderlich sein. (Beifall rechts.)

Abg. v. Wedell-Viesdorf: Der Meyer'sche Antrag ist mir eigentlich sehr sympathisch, da er an die Stelle der Qualifikation das Vertrauen der Kreisvertretung setzt. Ich nehme aber den durch den Abg. v. Heydebrand verbesserten Commissionsvorschlag lieber an, weil er den Kreis der Bewerber um das Amt auf die seit Jahresfrist mit Grundbesitz anhängigen beschränkt. Die Eigenschaft eines Grundbesitzers, die der Antrag von Kröcher verlangt, kann man auch durch einen Scheineinkauf erwerben; der Antrag enthält daher keine wesentliche Aenderung und erschwert unnütz die Verhinderung. Die Regelung durch ein besonderes Gesetz kommt bis zum 1. Januar 1884 möglicherweise nicht zu Stande, und dann bleibt es bei dem Gesetz von 1879, wonach die Qualifikation zum höheren Justiz- und Verwaltungsdienst für das Landratsamt erforderlich ist. Auch würde ein solches Gesetz das Zustandekommen von Kreis-Ordnungen für alle Provinzen voraussetzen, sonst haben wir nicht die Kreis-Vertretungen, die den Landrath wählen sollen. Auch ist es kein Unglück, wenn die Bestimmungen über die Präsentation in den verschiedenen Provinzen verschieden ausfallen. In den östlichen Provinzen ist die Wahl der Landräthe altbergebracht, und der Verlust oder eine Einschränkung dieses Wahlrechts würde sehr schwer empfunden werden. In Hannover sind die Amtmänner nicht gewählt worden, bei diesem Zustande kann es auch verbleiben. Dem Centrum gegenüber bemerke ich, daß das Vertrauen der Kreisvertretung die Qualifikation nicht ersetzen, sondern nur beweisen kann, die Regierung aber sich diesen Beweis auch allein verschaffen kann. Wollte die Regierung Ihnen Landräthe ausfragen, welche den Culturkampf tragen, so brauchte sie nur Assessoren dieser Art zu geben, deren es genug giebt. Bei Annahme unseres Antrages fällt die Sache nicht so bureaukratisch aus, als nach dem der Commission, nach welchem die Regierung, wenn sie die Wahl des Kreises nicht berücksichtigen will, einen Assessor schicken muß. Wenn zahlreiche Assessoren Gleiches geleistet haben, wie die gewählten Landräthe, so liegt das daran, daß sie notwendiger Weise die Richtung ihrer gewählten Vorgänger eingeschlagen haben. Ich bitte den Minister, wenn unser Standpunkt keine Majorität finden sollte, den der Commission zu acceptiren. Man fürchtet im Lande sehr, daß wir durch das Gesetz von 1879 das altberbrachte Institut der anhängigen Landräthe verlieren, dann kann uns die ganze übrige formale Selbstverwaltung gestohlen werden. (Beifall rechts.)

Abg. Hänel: Der Minister beklagt sich mit Unrecht über die angeblich durch den Commissionsbeschluss geschaffene Nothlage. Der Minister hat bereits früher erklärt, daß die Regierung diese Frage regeln wolle. Wir waren ursprünglich dagegen, mußten aber, da wir überstimmt wurden, schließlich materiell Stellung nehmen. Da der Minister nur sagt, das Gesetz werde durch den Commissionsbeschluss in Frage gestellt, so nehme ich an, daß die Regierung denselben doch nicht positiv ablehnt. Ist das letztere, so bleibt es bei dem, ich selbst nicht angenehmen Zustand des Gesetzes von 1879. Nach der neuen Verwaltungs-Gesetzgebung ist zwar das Verlangen nach einem juristisch vollkommen qualifizierten Landrath nicht mehr so ungerichtet, daß die Staatsverwaltung jetzt mit ihm gemeinjam von Organen der Selbstverwaltung ausgeübt wird, die diese Garantie nicht bieten. Die Nationalliberalen haben deshalb früher auch darauf bestanden, daß ein Mitglied des Kreisraths diese juristische

Qualifikation besitze. Wir stehen auf diesem strengen Standpunkte nicht, sondern meinen, daß der Landrath, weil er außer der Staatsverwaltung auch bei der Communal-Verwaltung mitzuwirken hat, die mindere Qualifikation durch das Vertrauen des Kreises ersetzen kann. Das letztere aber können wir nicht entbehren. Darin liegt keine einseitige Bevorzugung des Kreises vor der Krone, denn die Kreisvertretung entscheidet nicht einseitig, es muß vielmehr die Ernennung durch die Regierung hinzukommen. Alle Gründe sprechen daher für die Annahme des Commissions-Antrages. Dem Abg. v. Heydebrand erwidere ich, daß ich keineswegs deswegen gelacht habe, weil er hier praktische Dinge zur Sprache gebracht hat, sondern weil er dies mit so großer Empyse und in so drastischer Weise that, indem er behauptete, daß das ganze Land erwarre, daß diese Frage in seinem Sinne entschieden werde.

Minister Graf zu Eulenburg: Der Commissionsantrag giebt zwar der Kreisvertretung nicht die einseitige Entscheidung über die Anstellung des Landrats, aber er geht davon aus, daß die Kreisvertretung allein beurtheilen könne, ob Jemand praktisch für das Amt befähigt sei. Ich habe mich in der ersten Lesung nur unter der Voraussetzung mit der Regelung dieser Frage für einverstanden erklärt, daß eine Verständigung zwischen der Regierung und dem Hause zu Stande käme.

Abg. v. Meyer (Arnsvalde): Die Liberalen verstehen unter Selbstverwaltung möglichst frei gewählte Beamte, wie die Bürgermeister; die Bürgermeister sind aber nur eine andere Art von Bureaukratie, nämlich eine Wahlbureaukratie, und nicht Gemeinde-Vorstand, sondern Diener der Gemeinde. Sie gehören der Gemeinde nur insofern an, als sie vom ersten Tage an wünschen, in eine andere mit höherem Gehalt versetzt zu werden. Ich will die Sache im liberal-aristokratischen Sinne — das ist kein Widerspruch, denn eigentlich sind ja nur die Aristokraten liberal — nach Stein'schen Ideen ordnen. Die Idee der Selbstverwaltung ist im Landratsamte, wie es in den alten Provinzen besteht, verwirklicht. Die Landräthe sind hier meist Großgrundbesitzer. Der Großgrundbesitz ist die beste Schule für die Landräthe, die beste Abreife gegen Beschwerden, da Alles, was dem Kreise schadet oder nützt, den Großgrundbesitzer am meisten betrifft, und das beste Mittel zur Verständigung mit der bäuerlichen Bevölkerung. Auch der Pastor, der Land besitz, stimmt mit der Gemeinde immer mehr überein, als der, welcher von ihr bloß Geld bezieht. Als Aristokrat besitzt der Großgrundbesitzer das größte Vertrauen der Bauern, denn der eigentlich aristokratische Stand sind noch heute bekanntlich die Bauern.

Die Abgeordneten Richter und Richter haben mich als den einzig wahren Conservativen außer ihnen bezeichnet. Ich werde mich nun an diese beiden Conservativen Koryphäen, daß sie mich in dieser Sache unterstützen. (Heiterkeit.) Die Statistik der Berufsstände, aus welchen die Bürgermeister in den Städten gewählt werden, beweist, daß die Städte eine Qualifikation für ihren Bürgermeistern überhaupt nicht wollen. Sie meinen, der Bürgermeister wird als solcher geboren und das ist auch ganz richtig, wenn man annimmt, daß wer eine Sache nicht gelernt hat, sie am besten versteht. Ich habe übrigens trotz dieses Grundgesetzes unter 15 Bürgermeistern nur drei gefunden, die sich nicht bewähren und das ist ein glänzendes Zeugnis für die Wahl der Städte. Man könnte also auch die Landräthe von der Qualifikation ganz entbinden. Wenn wir bloß Grundbesitz erfordern, so gewährt das keine volle Sicherheit; ich hatte einen Kollegen, der dadurch Grundbesitzer geworden war, daß er sich einen Drangenbaum gekauft hatte. (Heiterkeit.) Durch den Verwaltungsdienst könnte der Candidat die Qualifikation nur dann erwerben, wenn er vier oder fünf Aemter gleichzeitig hätte, da die einzelnen Aemter ihn nicht genügend beschäftigen. Trotzdem möchte ich nicht, daß das Gesetz selbst die Regierung an die Auswahl unter den Großgrundbesitzern bindet. Wir würden auf diese Weise eine große Zahl tauglicher Candidaten ausschließen, z. B. die Söhne der Großgrundbesitzer des Kreises, welche ihren Wohnsitz im Kreise nur dadurch verloren haben, daß sie sich behufs ihrer Ausbildung in anderen Kreisen aufhalten. — Ich bitte, es deshalb bei meinem Antrage zu lassen und hoffe, daß die Regierung das alte Verhältniß wieder herstellen wird, nach welchem die mit Grundbesitz anhängigen Landräthe die überwiegende Mehrzahl bilden.

Abg. Virchow: Die geringschätzigste Meinung des Abg. von Wedell-Viesdorf über die anderen Institute der Selbstverwaltung, als den gewählten Landrath, lassen es gerechtfertigt erscheinen, wenn wir bei allen Anträgen dieser Herren daran zweifeln, ob sie es mit der Selbstverwaltung wirklich ernst meinen; daß man nur als Großgrundbesitzer die nöthigen Erfahrungen für das Landratsamt sammeln könne, dürfte nicht in allen Provinzen zutreffen. Jedenfalls werden diejenigen Landräthe, welche ihre Güter persönlich und direct bewirtschaften, besser orientirt sein, als die hohen Herren, welche ihre Güter durch einen Inspector oder eine andere Mittelsperson verwalten. Die Conservativen scheinen den jetzigen Großgrundbesitz mit den alten Rittergütern zu verwechseln. Heute, wo Jeder, selbst ein Semit, ein solches Grundstück kaufen kann, kann Jener der Besitz eines solchen doch nicht mehr so werthvoll erscheinen. Wenn die Bauern der eigentliche aristokratische Stand sind, so muß ihr größtes Vertrauen ein Bauer und nicht ein Großgrundbesitzer genießen. Herr von Heydebrand appellirt von der geordneten ständischen Kreisverwaltung an ein Plebisit der Kreisbevölkerung. Das ist ein revolutionärer Standpunkt, den wir nicht theilen.

Abg. v. Kröcher motivirt seinen Antrag damit, daß er dem Wunsche des Abg. Windthorst nachkomme und die mit Grundbesitz anhängigen Landräthe den Assessoren vorgezogen sehen wolle. Er meine natürlich den Großgrundbesitz im Sinne der Kreisordnung und nicht die alten Rittergüter. Eventuell möge man den Commissionsantrag annehmen, der durch die Kreisvertretung das rechte, was er ohne dieselbe retten wolle. Die Regierung möge durch Annahme dieses Antrages beweisen, daß im Ministerium nicht die Tendenz herrsche, bureaukratische Elemente in die Landratsämter zu bringen.

Abg. Born: Für uns bleibt noch immer entscheidend, daß die größere Qualifikation, die wir sonst für die Stellung und das Amt eines Landrats, namentlich nachdem derselbe als solcher zugleich Vorsitzender des Verwaltungsgerichtshofes des Kreises geworden ist, fordern, nur dann zu Gunsten einer geringeren Qualifikation zurücktreten kann, wenn durch das Vertrauen des Kreises Personen für dieses Amt in Vorschlag gebracht werden. Wo aber dies Vertrauen fehlt, da muß unter allen Umständen die Qualifikation für den höheren Verwaltungsdienst oder den höheren Justizdienst gefordert werden. Es ist dies ganz analog mit der Wahl resp. Ernennung der Bürgermeister, für die ja auch ausdrücklich die gedachten Qualifikationen erforderlich werden. Nur gehen wir bei den Landräthen gar nicht einmal so weit, indem wir anerkennen, daß die geringe Qualifikation durch das Vertrauen ersetzt werden kann. Wenn nun Herr v. Meyer sich immer den Landrath in erster Linie als Vertreter des Großgrundbesitzes und in zweiter als Vertreter der Bauern vorstellt, dann möchte ich wissen, wo denn eigentlich der Stabilität bleiben! Wir wollen doch auch unseren Landrath haben. Ich halte es demnach für nöthig, darauf hinzuweisen, welche Qualifikation wir an den Landräthen verlangen. Und da halte ich es für gerecht, daß, wenn man für die Bürgermeister die höhere Qualifikation fordert, dieselbe auch für die Landräthe nöthig ist, da doch die Städte in den Kreisen auch Berücksichtigung finden müssen.

In der Abstimmung werden sämtliche Anträge abgelehnt und der Commissionsvorschlag angenommen. Für denselben stimmen Fortschritt, Secessionisten, Centrum, Polen, Nationalliberalen und ein sehr großer Theil der Conservativen; gegen denselben stimmen die Freiconservativen und etwa 30 Conservativen.

Zu § 113, welcher von der Wahl der Kreisrathsabgeordneten handelt, führt Abg. Richter einen Fall an, in welchem der Wahlvorstand die erfolgte Wahl eines Abgeordneten aus Zweifel an seiner Passivlegitimation eintheilen nicht proclamt, sich erst lange Monate nachher über die Ungültigkeit der Wahl schlüssig gemacht und darauf sofort den Gegenandidaten des Gewählten, auf den nur eine ganz geringfügige Stimmenzahl gefallen sei, einberufen habe. Unter der Zustimmung der Abgeordneten Hänel und Wehr erklärte der Minister des Innern, daß in allen diesen Punkten gefehlt worden sei. Die erfolgte Wahl eines Abgeordneten müsse sofort proclamt werden und die Prüfung seiner Wahlfähigkeit auch in möglichster Schnelle erfolgen. Entscheide der Wahlvorstand sich für die Vernichtung der Wahl, so habe er nur dieselbe zu vollziehen und keinen Schritt darüber hinauszugehen. Ihm ständen cassatorische Befugnisse, aber nicht die Einberufung eines neuen Vertreters zu.

§ 118 beantragt Abg. Drame dahin zu ändern, daß die Zusammenberufung des Kreisraths, sobald derselbe von einem Viertel der Kreisrathsabgeordneten oder von dem Kreisaußschusse verlangt werde, innerhalb spätestens vier Wochen erfolgen müsse. Er wünscht die Einberufung dieser Zeitbestimmung, da gegenwärtig öfter Fälle vorkämen, in denen die Landräthe die dringend notwendige Berufung eines Kreisraths ungehörig verzögerten.

Der Minister des Innern bestritt, daß ein praktisches Bedürfnis für diesen Antrag vorliege. Wenn ein Landrath in der gedachten Weise dringliche Sachen verschleppe, so werde seine vorgesezte Behörde auf erhobene Beschwerden ihn scharf zurechtweisen. Eine Zeitbestimmung, die ein für allemal den Einberufungstermin festlege, habe ihre mißliche Seite.

Es könne beispielsweise der Fall eintreten, daß der Kreisrath so wie so in fünf Wochen zusammenkomme; in diesem Falle könne nicht verlangt werden, daß er acht Tage vorher nochmals zu einer besonderen Sitzung zusammenkomme.

Abg. v. Minnigerode tadelt die Einbringung des Antrags; auch die rechte Seite habe viel Localschmerzen, doch verzichte sie bei der bebrängten Zeit darauf, sie zu äußern.

Abg. Richter weist nicht, wie die liberalen Parteien es dem Vorredner Recht machen sollen; wenn sie Grundsätze erörtern, wären sie Doctrinäre, und wenn sie, wie gegenwärtig, auf die praktischen Einzelfragen des Lebens eingehen, sei es auch nicht recht.

Der Antrag Drame wird darauf mit 151 gegen 146 Stimmen abgelehnt.

Im Uebrigen wird die Kreisordnungsnovelle ohne Debatte erledigt.

Schluss 4 Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 12 Uhr (Petitionen und Antrag Jelle).

Herrenhaus. 8. Sitzung vom 8. Februar.

2 Uhr. Am Ministertische Dr. Friedberg, von Puttkamer und Comissarien.

Der Präsident, Herzog von Ratibor, theilt mit, daß das Mitglied des Herrenhauses, Oberbürgermeister Gobbin (Sörlig), gestorben ist; das Haus ehrt das Andenken des Verstorbenen in üblicher Weise. Eingegangen ist ein Gesuchsurteil, betreffend die Wiederherstellung zerstörter Grundbücher in Kolberg. Das Verwendungsgebet und den Staatsausfall hat der Präsident der Commission für Staatsausfall und Finanzwesen überwiesen. Die aus dem Abgeordnetenhaus eingegangene Vorlage, betreffend den Nothstand in Oberschlesien, ist ebenfalls einer Commission überwiesen worden.

Der 32. Bericht der Staatsschuldencommission, betreffend die Verwaltung des Staatsschuldenwesens im Rechnungsjahre vom 1. April 1879/80 wird in einmaliger Schlussberatung nach dem Vortrage des Referenten Graf v. d. Schulenburg-Angern ohne Discussion durch Decharge-Ertheilung erledigt.

Dasselbe geschieht mit dem Rechenschaftsbericht, betreffend die Verwendung der flüssig gemachten Bestände der im § 94 der Hinterlegungsordnung bezeichneten Fonds und der im § 95 Absatz 3 erwähnten Gelder für die Zeit vom 1. October 1879/80.

Der Gesuchsurteil zur Abänderung und Ergänzung des Gesetzes, betreffend die Erweiterung, Umwandlung und Neuerrichtung von Mitteln- und Weisen für Elementarlehrer vom 22. December 1869 wird ohne Discussion in der Fassung des Abgeordnetenhaus angenommen.

Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr (Competenzgesetz).

Berlin, 8. Febr. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem General-Major z. D. Bauer, bisher Commandant von Straßburg i. E., den Stern zum königlichen Kronen-Orden zweiter Klasse; dem Bolidirector Vintenburg zu Nienburg a. d. Weser den königlichen Kronen-Orden dritter Klasse; dem Diaconus und Rector Scholz zu Nimpf den königlichen Kronen-Orden vierter Klasse; sowie dem Unteroffizier Menrath im 5. Pommer'schen Infanterie-Regiment Nr. 42, dem Maschinisten Franz Wegener zu Magdeburg und dem Feldausseher Karl Heideke in Wilsleben, im Kreise Altkreuzen, die Rettungsmedaille am Bande verliehen.

Se. Majestät der König hat dem Herzoglich sachsen-altenburgischen Regierungsrath Dr. Seutebrück zu Erfurt den Rothen Adler-Orden vierter Klasse verliehen.

Se. Majestät der König hat den Regierungsrath Freiherrn Gustav Adolph Frank von Fürstentum zu Schleswig zum Ober-Regierungsrath und Regierungs-Abtheilungs-Dirigenten ernannt; der von der Stadt-Verordnetenversammlung zu Bielefeld getroffenen Wahl gemäß den bisherigen Bürgermeistern der Stadt Krennach, Gerichts-Assessor a. D. Bunne-mann, als Bürgermeister der Stadt Bielefeld, sowie der von der Stadt-Verordnetenversammlung zu Remscheid getroffenen Wahl gemäß den Gerichts-Assessor Otto Krey zu Gimmern als besoldeten Beigeordneten der Stadt Remscheid, Regierungsbezirk Düsseldorf, für die gesetzliche Amtsdauer von zwölf Jahren bestätigt.

Dem Ober-Regierungsrath Freiherrn Frank von Fürstentum ist die Stelle als Dirigent der Abtheilung des Innern bei der Regierung in Schleswig übertragen worden. — Der Bank-Buchhalter Thurom ist zum Vorsteher der Lombard-Controlle und der Verwaltung der verschlossenen Deposita bei der Reichshauptbank ernannt. — Dem Hofrath Walther bei dem westpreussischen Landgericht, sowie dem Hofrath und Gehilfen-Aufseher Priester bei dem Hauptgericht Krefeld ist der Charakter-Gehalts-Inspector verliehen worden.

Berlin, 8. Febr. [Se. Majestät der Kaiser und Königin] empfing heute den Polizeipräsidenten von Madat, nahm militärische Meldungen entgegen und hörte die Vorträge des Chefs der Admiralität, Staatsminister von Stofch, und des Chefs des Militär-Cabinetts, General-Lieutenant von Albedyll.

[Ihre Majestät die Kaiserin und Königin] war gestern Nachmittag in dem Vortrage des Evangelischen Vereins anwesend. Abends erschienen Beide Kaiserliche Majestäten auf dem Balle Kaiserlichen und königlichen Hoheiten des Kronprinzen und der Ihrer Kronprinzessin.

[Se. Kaiserliche und königliche Hoheit der Kronprinz] nahm im Laufe des gestrigen Vormittags militärische Meldungen entgegen. Abends fand bei Ihren Kaiserlichen und königlichen Hoheiten dem Kronprinzen und der Kronprinzessin im königlichen Schlosse ein Ball statt. (K.-Anz.)

Berlin, 8. Februar. [Zur Orientfrage.] Wie mir soeben von wohlunterrichteter türkischer Seite mitgetheilt wird, haben die Verhandlungen zwischen der Pforte und den Mächten bezüglich einer in Konstantinopel abzuhaltenden Konferenz zu dem Resultat einer Einigung über folgende Punkte geführt: Ausschluss Griechenlands von der Konferenz, Verpflichtung der Pforte, vorher das Maximum ihrer Concessionen anzugeben und Bezeichnung der Art und Weise, wie sie die etwa concedirten Territorien auszuliefern gedenkt. In dem letzten großen, in Silbly Riost abgehaltenen Conseil bildete den Hauptgegenstand der Beratungen das Studium der strategisch wichtigen Punkte von Epirus und Thessalien, um zu wissen, wie weit es von militärischem Gesichtspunkte aus möglich sein wird, die Grenze der in der Note vom 3. October von der Pforte Griechenland angebotenen Abtretungen noch zu erweitern. Ueber die Entscheidungen des neuen, unter dem Vorsitz des Sultans selbst zusammengetretenen Conseils ist nichts bekannt geworden, und obwohl die friedlichen Absichten immer mehr an Wahrscheinlichkeit gewinnen, ist doch sicher, daß die Pforte, indem sie die Mittel sucht, den Krieg zu vermeiden, doch in ihren Rüstungen nicht nachläßt; jeden Tag gehen Truppen- und Munitionsendungen nach Albanien, nach Saloniki und den Dardanellen. Mir scheint es nach allen Andeutungen aber doch, als würde die Pforte, wie aufrichtig sie sich auch den Mächten gegenüber zeigt und wenn auch die Mächte Griechenland auffordern werden, mit dem Resultat der Konferenz sich zu begnügen, dennoch Mittel finden würde, die Ausführung der Beschlüsse und ihrer eigenen Verbindlichkeiten unmöglich zu machen, indem sie die ganze Verantwortlichkeit von sich ablehnt, betreffs der Folgen, welche daraus entstehen könnten, daß man die Bevölkerungen gegen ihren Willen präcipire. Die Griechen ihrerseits fordern vor Allem die Garantie der Mächte dafür, daß die von der Türkei etwa zu übernehmenden Verbindlichkeiten auch ausgeführt werden, denn sonst hätte Europa ja kein Recht, von Griechenland zu verlangen, daß es sich mit den zu machenden Concessionen durchaus beruhigen solle, und die Griechen sind nach wie vor überzeugt, beim ersten Kanonenschuß von irgend einer Seite her Unterstützung zu finden. — Auch Bulgarien, so wenig Gewicht es in der allgemeinen Situation Europas hat, zieht doch die Aufmerksamkeit auf sich wegen der Entlassung des Ministers Zankoff. Derselbe hat den Schlangen spielen wollen, indem er das Gegentheil der Wahrheit sagte; daß hat er, wie die meisten seiner Kollegen, für „Diplomatie“ gehalten. Es war zwischen ihm und dem österreichischen General-Consul in Sofia verabredet, dem Herrn Kersak Zankoff, dem Neffen des Ministers, dem bulgarischen Delegirten bei der Donau-Commission, Instructionen in einem bestimmten Sinne zu

geben. Dies theilte der General-Consul auch seiner Regierung mit; aber was geschah? Als die Commission versammelt war, sprach der bulgarische Delegirte in ganz anderem Sinne als nachher der Minister, ja, er wußte nicht einmal ein Wort von dem, was der Letztere versprochen hatte. Baron Haymerle schrieb darauf, sobald er die „bulgarische Diplomatie“ erfahren hätte, an Fürst Alexander, und theilte ihm dies Verfahren und die Unzuverlässigkeit seines Ministers mit, und Fürst Alexander ließ sich genöthigt, Herrn Zankoff „wegen Lügen aus dem Cabinet zu jagen“ — wie es wörtlich hieß. Der Vorfall selbst ist nicht neu, ist schon genügend besprochen, erregt aber noch so sehr das Interesse der türkischen höheren Kreise, daß ich ihn darum nicht übergehen möchte, zumal er wichtige Folgen hat. Denn die ganze Bevölkerung des Orients war den Bulgaren günstig gesinnt; aber die Handlungsweise der sogenannten liberalen bulgarischen Minister und der Directoren von Strumelien (einer Art von Ministern) haben die Gunst in Abneigung verwandelt, das bulgarische Volk ist fast discreditirt und zwar durch die Schuld derer, welche die Regierung so schlecht führen. Man ist mit Recht verwundert, daß Fürst Alexander den Herrn Karaveloff und seine gefälligen Kollegen an der Spitze der Geschäfte läßt; man entsinnt sich, daß er Deutscher ist, und verdächtigt ihn — gewiß mit Unrecht — daß er solche Männer an der Macht läßt, um die Pläne Oesterreichs, die Deutschland sicher nicht hindern wird, zu fördern.

[Marine.] S. M. Kanb. „Cylopp“, 4 Geschütze, Commandant Capitl. v. Schudmann I. ist am 9. Januar c. in Singapore eingetroffen.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolffs Telegr.-Bureau.)

Berlin, 8. Febr. Die von den Arbeitern Körner und Finn behufs Besprechung der Judenfrage einberufene Versammlung des socialen Arbeitervereins wurde nach äußerst stürmischen, durch zahlreiche anwesende Socialdemokraten veranlaßten Auftritten polizeilich aufgelöst.

Strasburg i. G., 8. Febr. Zu der Ergänzungswahl zum Bezirksrathe im Canton Brumath, bei welcher der Candidat der vereinigten clericalen und Protest-Partei gewählt worden ist, bemerkt die „Elsass-Lothringische Zeitung“, daß diese Wahl an sich eine politische Bedeutung nicht habe, sondern nur durch die vorausgegangene Agitation. Die „Elsass-Lothringische Zeitung“ bemerkt dann weiter: „Mit Bedauern haben wir einen namhaften Theil der katholischen Geistlichkeit eine mit ihrem Amte des Friedens und der Versöhnung schwer vereinbare Agitation betreiben sehen. Eine derartige Einmischung der Diener der Kirche in die rein weltlichen Angelegenheiten des Landes entspricht nicht den Interessen dieses letzteren, ebenso wie wir bezweifeln müssen, daß der Gegenstand, in welchen ein Theil des katholischen Clerus sich offen zu der Friedens- und Versöhnungspolitik des Statthalters gestellt hat, den Interessen der katholischen Kirche in Elsass-Lothringen zu entsprechen vermag.“

Paris, 8. Februar. Deputirtenkammer. Bei der fortgesetzten Beratung des Ehecheidungsgesetzes erklärte der Justizminister, er halte es für notwendig, den Anhängern der Ehecheidung einige Zugeständnisse zu machen. Religiöse Erwägungen seien bei den Debatten ausgeschlossen, da Frankreich keine Staats-Religion habe. Die Lage der Kinder sei eben so beklagenswerth bei der Ehecheidung, wie bei der körperlichen Trennung der Ehegatten. In Frankreich verknüpfe man mit dem Ehestand den Begriff der Unauflösbarkeit. Die Ehecheidung sei in Frankreich niemals populär gewesen und würde die Reime zu einer Sittenverderbtheit legen. — Der Justizminister erklärte zum Schlusse, er habe nur seine persönlichen Ansichten ausgedrückt und wolle die Kammer keineswegs beeinflussen. — Im weiteren Verlaufe der Sitzung wurde der Antrag auf Wiedereinführung der Ehecheidung, welcher von der Commission befürwortet worden war, mit 261 gegen 225 Stimmen abgelehnt.

Paris, 8. Febr. Nachdem die Vereinigten Staaten von Amerika den Vorschlag wegen einer internationalen Münzconferenz in Paris auf der Basis der Doppelmährung von Gold und Silber angenommen haben, wird Frankreich nunmehr Einladungen zur Theilnahme an der Conferenz an die übrigen Mächte ergehen lassen. Es ist indessen noch ungewiß, ob diese Einladungen von Frankreich allein oder in Verbindung mit den Vereinigten Staaten ausgehen werden.

London, 8. Februar. Unterhaus. Diffe antwortete Bourke: Götters alte Instructionen sind von Zeit zu Zeit durch Mittheilungen je nach Phasen der Frage verändert und ergänzt worden. Götters kennt die Ansichten der Regierung über die jetzige Situation aus den mündlichen Mittheilungen Granvilles. Die Debatte der zweiten Lesung der irischen Zwangsbill wird hierauf fortgesetzt.

Madrid, 8. Febr. Die Weigerung des Königs, den Gesekentwurf, betreffend die Convertirung der amortisirbaren Schuld zu unterzeichnen, erfolgte mit der Erklärung, daß behufs der erfolgreichen Durchführung der Operation und derjenigen, welche folgen, die Befugnisse bis zur Beendigung der Operationen in derselben Hand bleiben müssen. Dies würde die Unabsehbareit des Ministeriums auf ca. 18 Monate, selbst gegen den Willen des Königs und der Kammer involviren.

Madrid, 8. Febr. Der Minister-Präsident hatte im Eingange des Gesekentwurfes über die Convertirung der amortisirbaren Schuld einen Paragraphen eingeschoben, in welchem es heißt, das Cabinet verdiene das Vertrauen der Krone. Der König weigerte sich, diesen Paragraphen zu billigen und erfolgte deshalb die bereits gemeldete Demission des Cabinetes. — Dem Vernehmen nach ist Sagasta, der Führer der liberalen Partei, zur Bildung eines neuen Cabinetes berufen worden. Die Cortes sollen, wie es heißt, aufgelöst werden.

Madrid, 9. Febr. Das neue Ministerium ist constituirt. Sagasta Präsident, Armingo Auswärtiges, Camacho Finanzen, Alonzo Martinez Justiz, Campos Krieg, Pavia Marine, Alvareda Arbeiten, Guesla Colonien, Comales Inneres. — Als Nachfolger des Pariser Botschafters wird Marshall Concha genannt.

Athen, 8. Febr. Der Kriegsminister theilte in der Deputirtenkammer ein Decret des Königs mit, durch welches die Mannschaften der Nationalgarde im Alter von 31 bis zu 40 Jahren einberufen werden. Durch diese 10 Jahrgänge wird die bewaffnete Macht auf 113,993 Mann erhöht.

Kopenhagen, 8. Februar. Durch Schneesturm und Eis ist jede Verbindung mit Fünen und Schweden heute unmöglich gemacht.

Newyork, 8. Febr. Der Dampfer „Capit“ von der National-Dampfschiffs-Compagnie (E. Messing'sche Linie) ist hier eingetroffen.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

(W. L. B.) Paris, 8. Febr., Abends. [Boulevard.] 3% Rente —, —. Rente Anleihe 1872 119, 52. —. Rente Anleihe 1873 120, 35. —. Rente Anleihe 1874 121, 15. —. Rente Anleihe 1875 122, 00. —. Rente Anleihe 1876 122, 85. —. Rente Anleihe 1877 123, 70. —. Rente Anleihe 1878 124, 55. —. Rente Anleihe 1879 125, 40. —. Rente Anleihe 1880 126, 25. —. Rente Anleihe 1881 127, 10. —. Rente Anleihe 1882 127, 95. —. Rente Anleihe 1883 128, 80. —. Rente Anleihe 1884 129, 65. —. Rente Anleihe 1885 130, 50. —. Rente Anleihe 1886 131, 35. —. Rente Anleihe 1887 132, 20. —. Rente Anleihe 1888 133, 05. —. Rente Anleihe 1889 133, 90. —. Rente Anleihe 1890 134, 75. —. Rente Anleihe 1891 135, 60. —. Rente Anleihe 1892 136, 45. —. Rente Anleihe 1893 137, 30. —. Rente Anleihe 1894 138, 15. —. Rente Anleihe 1895 139, 00. —. Rente Anleihe 1896 139, 85. —. Rente Anleihe 1897 140, 70. —. Rente Anleihe 1898 141, 55. —. Rente Anleihe 1899 142, 40. —. Rente Anleihe 1900 143, 25. —. Rente Anleihe 1901 144, 10. —. Rente Anleihe 1902 144, 95. —. Rente Anleihe 1903 145, 80. —. Rente Anleihe 1904 146, 65. —. Rente Anleihe 1905 147, 50. —. Rente Anleihe 1906 148, 35. —. Rente Anleihe 1907 149, 20. —. Rente Anleihe 1908 150, 05. —. Rente Anleihe 1909 150, 90. —. Rente Anleihe 1910 151, 75. —. Rente Anleihe 1911 152, 60. —. Rente Anleihe 1912 153, 45. —. Rente Anleihe 1913 154, 30. —. Rente Anleihe 1914 155, 15. —. Rente Anleihe 1915 156, 00. —. Rente Anleihe 1916 156, 85. —. Rente Anleihe 1917 157, 70. —. Rente Anleihe 1918 158, 55. —. Rente Anleihe 1919 159, 40. —. Rente Anleihe 1920 160, 25. —. Rente Anleihe 1921 161, 10. —. Rente Anleihe 1922 161, 95. —. Rente Anleihe 1923 162, 80. —. Rente Anleihe 1924 163, 65. —. Rente Anleihe 1925 164, 50. —. Rente Anleihe 1926 165, 35. —. Rente Anleihe 1927 166, 20. —. Rente Anleihe 1928 167, 05. —. Rente Anleihe 1929 167, 90. —. Rente Anleihe 1930 168, 75. —. Rente Anleihe 1931 169, 60. —. Rente Anleihe 1932 170, 45. —. Rente Anleihe 1933 171, 30. —. Rente Anleihe 1934 172, 15. —. Rente Anleihe 1935 173, 00. —. Rente Anleihe 1936 173, 85. —. Rente Anleihe 1937 174, 70. —. Rente Anleihe 1938 175, 55. —. Rente Anleihe 1939 176, 40. —. Rente Anleihe 1940 177, 25. —. Rente Anleihe 1941 178, 10. —. Rente Anleihe 1942 178, 95. —. Rente Anleihe 1943 179, 80. —. Rente Anleihe 1944 180, 65. —. Rente Anleihe 1945 181, 50. —. Rente Anleihe 1946 182, 35. —. Rente Anleihe 1947 183, 20. —. Rente Anleihe 1948 184, 05. —. Rente Anleihe 1949 184, 90. —. Rente Anleihe 1950 185, 75. —. Rente Anleihe 1951 186, 60. —. Rente Anleihe 1952 187, 45. —. Rente Anleihe 1953 188, 30. —. Rente Anleihe 1954 189, 15. —. Rente Anleihe 1955 190, 00. —. Rente Anleihe 1956 190, 85. —. Rente Anleihe 1957 191, 70. —. Rente Anleihe 1958 192, 55. —. Rente Anleihe 1959 193, 40. —. Rente Anleihe 1960 194, 25. —. Rente Anleihe 1961 195, 10. —. Rente Anleihe 1962 195, 95. —. Rente Anleihe 1963 196, 80. —. Rente Anleihe 1964 197, 65. —. Rente Anleihe 1965 198, 50. —. Rente Anleihe 1966 199, 35. —. Rente Anleihe 1967 200, 20. —. Rente Anleihe 1968 201, 05. —. Rente Anleihe 1969 201, 90. —. Rente Anleihe 1970 202, 75. —. Rente Anleihe 1971 203, 60. —. Rente Anleihe 1972 204, 45. —. Rente Anleihe 1973 205, 30. —. Rente Anleihe 1974 206, 15. —. Rente Anleihe 1975 207, 00. —. Rente Anleihe 1976 207, 85. —. Rente Anleihe 1977 208, 70. —. Rente Anleihe 1978 209, 55. —. Rente Anleihe 1979 210, 40. —. Rente Anleihe 1980 211, 25. —. Rente Anleihe 1981 212, 10. —. Rente Anleihe 1982 212, 95. —. Rente Anleihe 1983 213, 80. —. Rente Anleihe 1984 214, 65. —. Rente Anleihe 1985 215, 50. —. Rente Anleihe 1986 216, 35. —. Rente Anleihe 1987 217, 20. —. Rente Anleihe 1988 218, 05. —. Rente Anleihe 1989 218, 90. —. Rente Anleihe 1990 219, 75. —. Rente Anleihe 1991 220, 60. —. Rente Anleihe 1992 221, 45. —. Rente Anleihe 1993 222, 30. —. Rente Anleihe 1994 223, 15. —. Rente Anleihe 1995 224, 00. —. Rente Anleihe 1996 224, 85. —. Rente Anleihe 1997 225, 70. —. Rente Anleihe 1998 226, 55. —. Rente Anleihe 1999 227, 40. —. Rente Anleihe 2000 228, 25. —. Rente Anleihe 2001 229, 10. —. Rente Anleihe 2002 230, 00. —. Rente Anleihe 2003 230, 90. —. Rente Anleihe 2004 231, 80. —. Rente Anleihe 2005 232, 70. —. Rente Anleihe 2006 233, 60. —. Rente Anleihe 2007 234, 50. —. Rente Anleihe 2008 235, 40. —. Rente Anleihe 2009 236, 30. —. Rente Anleihe 2010 237, 20. —. Rente Anleihe 2011 238, 10. —. Rente Anleihe 2012 239, 00. —. Rente Anleihe 2013 240, 00. —. Rente Anleihe 2014 241, 00. —. Rente Anleihe 2015 242, 00. —. Rente Anleihe 2016 243, 00. —. Rente Anleihe 2017 244, 00. —. Rente Anleihe 2018 245, 00. —. Rente Anleihe 2019 246, 00. —. Rente Anleihe 2020 247, 00. —. Rente Anleihe 2021 248, 00. —. Rente Anleihe 2022 249, 00. —. Rente Anleihe 2023 250, 00. —. Rente Anleihe 2024 251, 00. —. Rente Anleihe 2025 252, 00. —. Rente Anleihe 2026 253, 00. —. Rente Anleihe 2027 254, 00. —. Rente Anleihe 2028 255, 00. —. Rente Anleihe 2029 256, 00. —. Rente Anleihe 2030 257, 00. —. Rente Anleihe 2031 258, 00. —. Rente Anleihe 2032 259, 00. —. Rente Anleihe 2033 260, 00. —. Rente Anleihe 2034 261, 00. —. Rente Anleihe 2035 262, 00. —. Rente Anleihe 2036 263, 00. —. Rente Anleihe 2037 264, 00. —. Rente Anleihe 2038 265, 00. —. Rente Anleihe 2039 266, 00. —. Rente Anleihe 2040 267, 00. —. Rente Anleihe 2041 268, 00. —. Rente Anleihe 2042 269, 00. —. Rente Anleihe 2043 270, 00. —. Rente Anleihe 2044 271, 00. —. Rente Anleihe 2045 272, 00. —. Rente Anleihe 2046 273, 00. —. Rente Anleihe 2047 274, 00. —. Rente Anleihe 2048 275, 00. —. Rente Anleihe 2049 276, 00. —. Rente Anleihe 2050 277, 00. —. Rente Anleihe 2051 278, 00. —. Rente Anleihe 2052 279, 00. —. Rente Anleihe 2053 280, 00. —. Rente Anleihe 2054 281, 00. —. Rente Anleihe 2055 282, 00. —. Rente Anleihe 2056 283, 00. —. Rente Anleihe 2057 284, 00. —. Rente Anleihe 2058 285, 00. —. Rente Anleihe 2059 286, 00. —. Rente Anleihe 2060 287, 00. —. Rente Anleihe 2061 288, 00. —. Rente Anleihe 2062 289, 00. —. Rente Anleihe 2063 290, 00. —. Rente Anleihe 2064 291, 00. —. Rente Anleihe 2065 292, 00. —. Rente Anleihe 2066 293, 00. —. Rente Anleihe 2067 294, 00. —. Rente Anleihe 2068 295, 00. —. Rente Anleihe 2069 296, 00. —. Rente Anleihe 2070 297, 00. —. Rente Anleihe 2071 298, 00. —. Rente Anleihe 2072 299, 00. —. Rente Anleihe 2073 300, 00. —. Rente Anleihe 2074 301, 00. —. Rente Anleihe 2075 302, 00. —. Rente Anleihe 2076 303, 00. —. Rente Anleihe 2077 304, 00. —. Rente Anleihe 2078 305, 00. —. Rente Anleihe 2079 306, 00. —. Rente Anleihe 2080 307, 00. —. Rente Anleihe 2081 308, 00. —. Rente Anleihe 2082 309, 00. —. Rente Anleihe 2083 310, 00. —. Rente Anleihe 2084 311, 00. —. Rente Anleihe 2085 312, 00. —. Rente Anleihe 2086 313, 00. —. Rente Anleihe 2087 314, 00. —. Rente Anleihe 2088 315, 00. —. Rente Anleihe 2089 316, 00. —. Rente Anleihe 2090 317, 00. —. Rente Anleihe 2091 318, 00. —. Rente Anleihe 2092 319, 00. —. Rente Anleihe 2093 320, 00. —. Rente Anleihe 2094 321, 00. —. Rente Anleihe 2095 322, 00. —. Rente Anleihe 2096 323, 00. —. Rente Anleihe 2097 324, 00. —. Rente Anleihe 2098 325, 00. —. Rente Anleihe 2099 326, 00. —. Rente Anleihe 2100 327, 00. —. Rente Anleihe 2101 328, 00. —. Rente Anleihe 2102 329, 00. —. Rente Anleihe 2103 330, 00. —. Rente Anleihe 2104 331, 00. —. Rente Anleihe 2105 332, 00. —. Rente Anleihe 2106 333, 00. —. Rente Anleihe 2107 334, 00. —. Rente Anleihe 2108 335, 00. —. Rente Anleihe 2109 336, 00. —. Rente Anleihe 2110 337, 00. —. Rente Anleihe 2111 338, 00. —. Rente Anleihe 2112 339, 00. —. Rente Anleihe 2113 340, 00. —. Rente Anleihe 2114 341, 00. —. Rente Anleihe 2115 342, 00. —. Rente Anleihe 2116 343, 00. —. Rente Anleihe 2117 344, 00. —. Rente Anleihe 2118 345, 00. —. Rente Anleihe 2119 346, 00. —. Rente Anleihe 2120 347, 00. —. Rente Anleihe 2121 348, 00. —. Rente Anleihe 2122 349, 00. —. Rente Anleihe 2123 350, 00. —. Rente Anleihe 2124 351, 00. —. Rente Anleihe 2125 352, 00. —. Rente Anleihe 2126 353, 00. —. Rente Anleihe 2127 354, 00. —. Rente Anleihe 2128 355, 00. —. Rente Anleihe 2129 356, 00. —. Rente Anleihe 2130 357, 00. —. Rente Anleihe 2131 358, 00. —. Rente Anleihe 2132 359, 00. —. Rente Anleihe 2133 360, 00. —. Rente Anleihe 2134 361, 00. —. Rente Anleihe 2135 362, 00. —. Rente Anleihe 2136 363, 00. —. Rente Anleihe 2137 364, 00. —. Rente Anleihe 2138 365, 00. —. Rente Anleihe 2139 366, 00. —. Rente Anleihe 2140 367, 00. —. Rente Anleihe 2141 368, 00. —. Rente Anleihe 2142 369, 00. —. Rente Anleihe 2143 370, 00. —. Rente Anleihe 2144 371, 00. —. Rente Anleihe 2145 372, 00. —. Rente Anleihe 2146 373, 00. —. Rente Anleihe 2147 374, 00. —. Rente Anleihe 2148 375, 00. —. Rente Anleihe 2149 376, 00. —. Rente Anleihe 2150 377, 00. —. Rente Anleihe 2151 378, 00. —. Rente Anleihe 2152 379, 00. —. Rente Anleihe 2153 380, 00. —. Rente Anleihe 2154 381, 00. —. Rente Anleihe 2155 382, 00. —. Rente Anleihe 2156 383, 00. —. Rente Anleihe 2157 384, 00. —. Rente Anleihe 2158 385, 00. —. Rente Anleihe 2159 386, 00. —. Rente Anleihe 2160 387, 00. —. Rente Anleihe 2161 388, 00. —. Rente Anleihe 2162 389, 00. —. Rente Anleihe 2163 390, 00. —. Rente Anleihe 2164 391, 00. —. Rente Anleihe 2165 392, 00. —. Rente Anleihe 2166 393, 00. —. Rente Anleihe 2167 394, 00. —. Rente Anleihe 2168 395, 00. —. Rente Anleihe 2169 396, 00. —. Rente Anleihe 2170 397, 00. —. Rente Anleihe 2171 398, 00. —. Rente Anleihe 2172 399, 00. —. Rente Anleihe 2173 400, 00. —. Rente Anleihe 2174 401, 00. —. Rente Anleihe 2175 402, 00. —. Rente Anleihe 2176 403, 00. —. Rente Anleihe 2177 404, 00. —. Rente Anleihe 2178 405, 00. —. Rente Anleihe 2179 406, 00. —. Rente Anleihe 2180 407, 00. —. Rente Anleihe 2181 408, 00. —. Rente Anleihe 2182 409, 00. —. Rente Anleihe 2183 410, 00. —. Rente Anleihe 2184 411, 00. —. Rente Anleihe 2185 412, 00. —. Rente Anleihe 2186 413, 00. —. Rente Anleihe 2187 414, 00. —. Rente Anleihe 2188 415, 00. —. Rente Anleihe 2189 416, 00. —. Rente Anleihe 2190 417, 00. —. Rente Anleihe 2191 418, 00. —. Rente Anleihe 2192 419, 00. —. Rente Anleihe 2193 420, 00. —. Rente Anleihe 2194 421, 00. —. Rente Anleihe 2195 422, 00. —. Rente Anleihe 2196 423, 00. —. Rente Anleihe 2197 424, 00. —. Rente Anleihe 2198 425, 00. —. Rente Anleihe 2199 426, 00. —. Rente Anleihe 2200 427, 00. —. Rente Anleihe 2201 428, 00. —. Rente Anleihe 2202 429, 00. —. Rente Anleihe 2203 430, 00. —. Rente Anleihe 2204 431, 00. —. Rente Anleihe 2205 432, 00. —. Rente Anleihe 2206 433, 00. —. Rente Anleihe 2207 434, 00. —. Rente Anleihe 2208 435, 00. —. Rente Anleihe 2209 436, 00. —. Rente Anleihe 2210 437, 00. —. Rente Anleihe 2211 438, 00. —. Rente Anleihe 2212 439, 00. —. Rente Anleihe 2213 440, 00. —. Rente Anleihe 2214 441, 00. —. Rente Anleihe 2215 442, 00. —. Rente Anleihe 2216 443, 00. —. Rente Anleihe 2217 444, 00. —. Rente Anleihe 2218 445, 00. —. Rente Anleihe 2219 446, 00. —. Rente Anleihe 2220 447, 00. —. Rente Anleihe 2221 448, 00. —. Rente Anleihe 2222 449, 00. —. Rente Anleihe 2223 450, 00. —. Rente Anleihe 2224 451, 00. —. Rente Anleihe 2225 452, 00. —. Rente Anleihe 2226 453, 00. —. Rente Anleihe 2227 454, 00. —. Rente Anleihe 2228 455, 00. —. Rente Anleihe 2229 456, 00. —. Rente Anleihe 2230 457, 00. —. Rente Anleihe 2231 458, 00. —. Rente Anleihe 2232 459, 00. —. Rente Anleihe 2233 460, 00. —. Rente Anleihe 2234 461, 00. —. Rente Anleihe 2235 462, 00. —. Rente Anleihe 2236 463, 00. —. Rente Anleihe 2237 464, 00. —. Rente Anleihe 2238 465, 00. —. Rente Anleihe 2239 466, 00. —. Rente Anleihe 2240 467, 00. —. Rente Anleihe 2241 468, 00. —. Rente Anleihe 2242 469, 00. —. Rente Anleihe 2243 470, 00. —. Rente Anleihe 2244 471, 00. —. Rente Anleihe 2245 472, 00. —. Rente Anleihe 2246 473, 00. —. Rente Anleihe 2247 474, 00. —. Rente Anleihe 2248 475, 00. —. Rente Anleihe 2249 476, 00. —. Rente Anleihe 2250 477, 00. —. Rente Anleihe 2251 478, 00. —. Rente Anleihe 2252 479, 00. —. Rente Anleihe 2253 480, 00. —. Rente Anleihe 2254 481, 00. —. Rente Anleihe 2255 482, 00. —. Rente Anleihe 2256 483, 00. —. Rente Anleihe 2257 484, 00. —. Rente Anleihe 2258 485, 00. —. Rente Anleihe 2259 486, 00. —. Rente Anleihe 2260 487, 00. —. Rente Anleihe 2261 488, 00. —. Rente Anleihe 2262 489, 00. —. Rente Anleihe 2263 490, 00. —. Rente Anleihe 2264 491, 00. —. Rente Anleihe 2265 492, 00. —. Rente Anleihe 2266 493, 00. —. Rente Anleihe 2267 494, 00. —. Rente Anleihe 2268 495, 00. —. Rente Anleihe 2269 496, 00. —. Rente Anleihe 2270 497, 00. —. Rente Anleihe 2271 498, 00. —. Rente Anleihe 2272 499, 00. —. Rente Anleihe 2273 500, 00. —. Rente Anleihe 2274 501, 00. —. Rente Anleihe 2275 502, 00. —. Rente Anleihe 2276 503, 00. —. Rente Anleihe 2277 504, 00. —. Rente Anleihe 2278 505, 00. —. Rente Anleihe 2279 506, 00. —. Rente Anleihe 2280 507, 00. —. Rente Anleihe 2281 508, 00. —. Rente Anleihe 2282 509, 00. —. Rente Anleihe 2283 510, 00. —. Rente Anleihe 2284 511, 00. —. Rente Anleihe 2285 512, 00. —. Rente Anleihe 2286 513, 00. —. Rente Anleihe 2287 514, 00. —. Rente Anleihe 2288 515, 00. —. Rente Anleihe 2289 516, 00. —. Rente Anleihe 2290 517, 00. —. Rente Anleihe 2291 518, 00. —. Rente Anleihe 2292 519, 00. —. Rente Anleihe 2293 520, 00. —. Rente Anleihe 2294 521, 00. —. Rente Anleihe 2295 522, 00. —. Rente Anleihe 2296 523, 00. —. Rente Anleihe 2297 524, 00. —. Rente Anleihe 2298 525, 00. —. Rente Anleihe 2299 526, 00. —. Rente Anleihe 2300 527, 00. —. Rente Anleihe 2301 528, 00. —. Rente Anleihe 2302 529, 00. —. Rente Anleihe 2303 530, 00. —. Rente Anleihe 2304 531, 00. —. Rente Anleihe 2305 532, 00. —. Rente Anleihe 2306 533, 00. —. Rente Anleihe 2307 534, 00. —. Rente Anleihe 2308 535, 00. —. Rente Anleihe 2309 536, 00. —. Rente Anleihe 2310 537, 00. —. Rente Anleihe 2311 538, 00. —. Rente Anleihe 2312 539, 00. —. Rente Anleihe 2313 540, 00. —. Rente Anleihe 2314 541, 00. —. Rente Anleihe 2315 542, 00. —. Rente Anleihe 2316 543, 00. —. Rente Anleihe 2317 544, 00. —. Rente Anleihe 2318 545, 00. —. Rente Anleihe 2319 546, 00. —. Rente Anleihe 2320 547, 00. —. Rente Anleihe 2321 548, 00. —. Rente Anleihe 2322 549, 00. —. Rente Anleihe 2323 550, 00. —. Rente Anleihe 2324 551, 00. —. Rente Anleihe 2325 552, 00. —. Rente Anleihe 2326 553, 00. —. Rente Anleihe 2327 554, 00. —. Rente Anleihe 2328 555, 00. —. Rente Anleihe 2329 556, 00. —. Rente Anleihe 2330 557, 00. —. Rente Anleihe 2331 558, 00. —. Rente Anleihe 2332 559, 00. —. Rente Anleihe 2333 560, 00. —. Rente Anleihe 2334 561, 00. —. Rente Anleihe 2335 562, 00. —. Rente Anleihe 2336 563, 00. —. Rente Anleihe 2337 564, 00. —. Rente Anleihe 2338 565, 00. —. Rente Anleihe 2339 566, 00. —. Rente Anleihe 2340 567, 00. —. Rente Anleihe 2341 568, 00. —. Rente Anleihe 2342 569, 00. —. Rente Anleihe 2343 570, 00. —. Rente Anleihe 2344 571, 00. —. Rente Anleihe 2345 572, 00. —. Rente Anleihe 2346 573, 00. —. Rente Anleihe 2347 574, 00. —. Rente Anleihe 2348 575, 00. —. Rente Anleihe 2349 576, 00. —. Rente Anleihe 2350 577, 00. —. Rente Anleihe 2351 578, 00. —. Rente Anleihe 2352 579, 00. —. Rente Anleihe 2353 580, 00. —. Rente Anleihe 2354 581, 00. —. Rente Anleihe 2355 582, 00. —. Rente Anleihe 2356 583, 00. —. Rente Anleihe 2357 584, 00. —.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.